

DER BUNDESKANZLER DER REPUBLIK ÖSTERREICH
DER MINISTERPRÄSIDENT DER REPUBLIK UNGARN
DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG
DER MINISTERPRÄSIDENT DES FREISTAATES BAYERN

anlässlich ihres Gipfeltreffens am 22. Februar 2001 in Ulm

Präambel

1. Angesichts der bestehenden, intensiven Zusammenarbeit auf mannigfaltigen Feldern der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Jugend und Kultur, eingedenk der vielfachen menschlichen Kontakte, im Blick auf das gemeinsame kulturelle Erbe, das der Lauf der Donau verbindet, und vor den Herausforderungen eines zusammenwachsenden Europas, die in Verlauf und Ergebnissen des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union von Nizza ihren Ausdruck gefunden haben, sind die Regierungschefs der Republik Österreich, der Republik Ungarn, des Landes Baden-Württemberg und des Freistaates Bayern am 22. Februar 2001 zu einem Kleinen Donaugipfel in Ulm zusammengekommen.
2. Die Regierungschefs erinnern mit diesem Treffen an die in den vergangenen Jahren verstärkte Zusammenarbeit und sehen darin zugleich eine Gelegenheit, neue Impulse zu setzen. Sie laden andere Staaten Mitteleuropas ein, sich an der Weiterentwicklung der Beziehungen zu beteiligen.

1. Europapolitik

3. Die Regierungschefs bekennen sich zum künftig noch engeren politischen Zusammenwirken ihrer Länder und Staaten. Sie sehen im Beitritt Ungarns wie anderer Reformstaaten Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union mehr als eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit im gegenseitigen Interesse: Es geht um eine große europäische Ordnung, in der die gemeinsamen Werte verwirklicht werden und die der Behauptung Europas in einer sich rasch wandelnden Welt dient.
4. Die Regierungschefs begrüßen die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Nizza im Hinblick auf die Konkretisierung des Fahrplans zur Erweiterung der Europäischen Union. Die Ergebnisse der Regierungskonferenz über die institutionelle Reform werden die Union gemäß dem vom Europäischen Rat in Helsinki gesetzten Ziel in die Lage versetzen, ab Ende 2002 neue Mitgliedsstaaten aufzunehmen, die entsprechend vorbereitet sind. Die Regierungschefs anerkennen die herausragenden Anstrengungen, die Staat und Gesellschaft in Ungarn bereits über ein Jahrzehnt lang unternommen haben, um den Beitritt zur Europäischen Union auf politischem, wirtschaftlichem und administrativem Gebiet vorzubereiten. Die Regierung der Republik Ungarn bestätigt ihre Zielsetzung, die ungarischen Vorbereitungen für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bis Ende 2002 zum Ende zu führen. Angesichts der bisher erreichten Fortschritte Ungarns bei der Erfüllung der Kopenhagener Beitrittskriterien bekräftigen die Ministerpräsidenten ihren Wunsch, dass das ungarische Volk bereits an den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen kann.
5. Die Regierungschefs halten flexible und differenzierte, die Gegebenheiten der einzelnen Kandidaten in Betracht ziehende Übergangsmaßnahmen im Interesse sowohl der beitretenden Staaten als auch der bisherigen Mitglieder für notwendig, um in ganz bestimmten Fragen den Beitritt zu erleichtern. Sie sollten jedoch die Ausnahme sein und den Binnenmarkt nicht in Frage stellen.

6. Die Regierungschefs stimmen darin überein, dass die Fortentwicklung Europas auch in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung sein wird. Die gemäß den Zielsetzungen des Europäischen Rates von Nizza einzuberufende neue Regierungskonferenz, die durch eine breite öffentliche Debatte vorbereitet werden soll, wird die Reformen der Union fortsetzen und der langfristigen Entwicklung der europäischen Integration dienen. Ungarn und die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, die gemäß den Entscheidungen von Nizza in diesen Prozess voll einbezogen werden, können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.
7. Hierbei sollten die Vereinfachung der Verträge unter Einbeziehung der Grundrechtecharta und vor allem eine neue Abgrenzung der Aufgaben zwischen Europäischer Union und Mitgliedstaaten in einen Europäischen Grundvertrag münden. In der geplanten Folgekonferenz muss geprüft werden, welche Aufgaben eine erheblich erweiterte Union gemeinsam leisten kann. Weiter notwendig sind nach ihrer Überzeugung handlungsfähige und demokratisch legitimierte Organe und Entscheidungsverfahren in den europäischen Institutionen, damit die Voraussetzungen für die gemeinsame Bewältigung der großen Aufgaben geschaffen werden können, die vor Europa liegen. Zugleich aber müssen im Innern nach dem Subsidiaritätsprinzip Vielfalt und Wettbewerb gefördert werden.

II. Schüler- und Jugendaustausch

8. Die Regierungschefs sind sich darüber einig, dass eine Verankerung des europäischen Gedankens bei jungen Menschen eine entscheidende Voraussetzung für eine friedliche Zukunft der Völker und Staaten in einem vereinigten Europa darstellt. Gegenseitiges Verständnis bildet hierfür die Basis, weshalb dem Austausch von Schülerinnen und Schülern sowie Jugendlichen eine zentrale Rolle zukommt.

9. Die Regierungschefs sprechen sich dafür aus, den Schüler- und Jugendaustausch innerhalb Europas zu intensivieren und dabei die Länder Mittel- und Osteuropas verstärkt einzubeziehen. Sie betonen die wichtige Rolle von Schul- und kommunalen Partnerschaften, die eine stabile Grundlage für dauerhafte Austauschbeziehungen bieten. Die Regierungschefs empfehlen, besonders auch tri- und multilaterale Partnerschaften und Austauschmaßnahmen von Schulen und Jugendorganisationen zu fördern. Sie begrüßen es, dass darauf in den Bildungsprogrammen der Europäischen Gemeinschaft ein besonderer Schwerpunkt gelegt wird.
10. Die Regierungschefs betonen die Wichtigkeit, die internationale berufliche Qualifikation junger Menschen weiterzuentwickeln. Mit gezielten Programmen sollen Betriebspraktika und Austauschmaßnahmen auf der Ebene der Auszubildenden und deren Ausbildern erleichtert und vermehrt angeboten werden. Beim Schüleraustausch soll ein Augenmerk auf den beruflichen Schulen liegen.

III. Deutschsprachige Universität Budapest

11. Die Regierungschefs begrüßen die von der Republik Ungarn geplante Gründung einer deutschsprachigen Universität in Budapest und das damit verbundene Ziel der Heranbildung einer Leistungselite, die in der Lage sein wird, die Herausforderungen des zusammenwachsenden Europas aktiv mitzugestalten. Sie würdigen die Ergebnisse, die die ungarische Regierung bei der Schaffung der rechtlichen, institutionellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen bereits erzielt hat.
12. Ziel ist eine deutschsprachige Eliteuniversität mit einem zweijährigen postgradualen Aufbaustudiengang. Hier sollen die besten Hochschulabsolventen eines Jahres aus Ungarn, den deutschsprachigen Ländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas eine Ausbildung erhalten, die sie befähigt, in und für Mitteleuropa an führender Stelle Verantwortung zu übernehmen.

Das Einsatzfeld der Absolventen kann in der Politik, in der Verwaltung, in internationalen Organisationen (z.B. der EU), in der Forschung, aber auch in internationalen Unternehmen in der Europäischen Union und in den Beitrittsländern liegen. Dies bedingt für die deutschsprachige Universität einen breiten und interdisziplinären Ansatz, der neben einer fortschrittlichen Didaktik besonderen Wert auf die Vermittlung von Querschnitts- und Schlüsselkompetenzen legt.

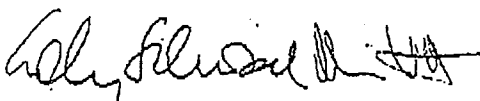
13. Die Regierungschefs der Republik Österreich, des Freistaats Bayern und des Landes Baden-Württemberg sind bereit, die von Ungarn gegründete deutschsprachige Universität zu unterstützen. Sie sehen hierin einen wesentlichen Beitrag zur Qualifizierung von Führungskräften aller Fachrichtungen. Sie begrüßen die Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland und hoffen auf einen eigenständigen Beitrag durch die Schweiz. Sie befürworten, dass Ungarn weitere Staaten Mittel- und Osteuropas einlädt, sich zu gegebener Zeit durch eigene Beiträge und mit ihrem eigenen Führungsnachwuchs an dieser Einrichtung zu beteiligen.
14. Die Regierungschefs erklären ihre Bereitschaft, bei der Verwirklichung der deutschsprachigen Universität in Budapest aktiv mitzuwirken. Grundlage hierfür ist neben den von der ungarischen Regierung zu schaffenden rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen eine von den beteiligten Ländern zu erarbeitende konzeptionelle Gesamtdarstellung, die sich in ihren inhaltlichen und methodischen Aussagen an anderen europäischen Einrichtungen mit derselben Zielsetzung orientiert.
15. Die deutschsprachige Universität hat ihren Sitz in Budapest und wird durch „die öffentliche Stiftung für die deutschsprachige Universität in Budapest“ unterhalten. Es ist der gemeinsame Wunsch der beteiligten Länder, dass die Einrichtung mit Rücksicht auf ihren Stellenwert den Rang einer Universität genießen soll. Um dies zu verwirklichen, haften die Regierungschefs folgende Schritte für notwendig: Die ungarische Regierung wird angemessene Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen Vorschriften ergreifen. Sie stellt überdies das Startvermögen der öffentlichen Stiftung zur Verfügung und sichert zu, dass die Universität ein angemessenes Anfangsbudget erhält. Überdies sorgt die ungarische Regierung für eine würdige Unterbringung der Universität. Alle beteiligten

Länder werden prüfen, unter welchen Voraussetzungen die an der deutschsprachigen Universität erhaltenen *Diplome anerkannt* werden können.

IV. Verkehrsfragen

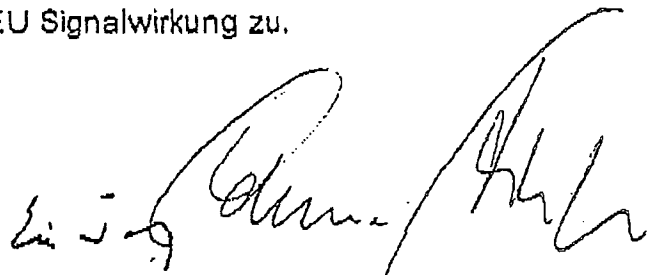
16. Die Regierungschefs unterstreichen die Wichtigkeit einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur für die Entwicklung der Wirtschaft und als Basis für das weitere Zusammenwachsen der Länder Europas. Hierbei kommt allen Verkehrsträgern Bedeutung zu, wobei der Schienenverkehr und die Schifffahrt wegen ihrer ökologischen Vorteile und ihrer Wichtigkeit für den Gütertransport besondere Beachtung genießen. Überagende Bedeutung messen sie dem Ausbau der Transeuropäischen Verkehrsnetze bei, der alle Verkehrsträger unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Vorteile integriert. Die Europäische Union hat dies mit der Förderung Transeuropäischer Netze unterstrichen.
17. An vorderster Stelle sehen die Regierungschefs dabei die internationale Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke von Paris über Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München, Salzburg und Wien nach Budapest als Herzstück im europäischen Schienennetz. Die Regierungschefs sprechen sich für eine zügige Realisierung der einzelnen Teilstrecken dieser ihre Länder verbindenden europäischen West-Ost-Magistrale noch in diesem Jahrzehnt aus.
18. Neben der Anbindung des deutschen an das französische Hochgeschwindigkeitsschienennetz gehört der zügige Neu- und Ausbau der Bahnstrecke von Stuttgart über Ulm und Augsburg nach München mit den Projekten Stuttgart 21 und Neu-Ulm 21 zu den zentralen Abschnitten der europäischen Magistrale. Die Regierungschefs begrüßen die Verständigung zwischen dem Land Baden-Württemberg, dem Freistaat Bayern und der deutschen Bundesregierung über die von den Ländern angebotene Vorfinanzierung, mit der ein Baubeginn im Jahre 2004 ermöglicht wird.

19. Die Fortführung der Strecke von München über Mühldorf, Freilassing und weiter bis Salzburg besitzt eine hohe Dringlichkeit. Im österreichischen Schienennetz ist der Ausbau der „Donauachse“ in den Streckenabschnitten von Salzburg über Attnang-Puchheim und St. Pölten nach Wien von hoher Priorität, damit die europäische West-Ost-Magistrale über Hegyesshalom nach Budapest weitergeführt und vollendet werden kann. Die Regierungschefs appellieren an die Europäische Union, die Folgerungen der EU-Osterweiterung auch durch Förderung des Ausbaus der Transeuropäischen Netze in Mittel- und Osteuropa zu ziehen und die Ertüchtigung des Schienenfernverkehrsnetzes in Ungarn zu unterstützen.
20. Die Regierungschefs unterstreichen die Bedeutung der Donau als Europäische Wasserstraße, insbesondere durch die Verbindung mit dem Rhein über den Rhein-Main-Donau-Kanal, weil ökonomisch sinnvoll nutzbare Wasserstraßen gleichzeitig auch die umweltfreundlichsten Güterverkehrswege darstellen. Die Regierungschefs sprechen sich für einen umweltverträglichen Ausbau der Wasserstraße mit dem Ziel einer ganzjährig durchgängigen Befahrbarkeit aus. Die Beseitigung von Engpässen der 3.500 km langen Rhein-Main-Donau-Wasserstraße von der Nordsee zum Schwarzen Meer wird die Attraktivität der Binnenschifffahrt in Europa erhöhen. Dies gilt insbesondere für den Streckenabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen, wo nach Abschluss der laufenden Untersuchungen die ökologisch und ökonomisch beste Ausbaulösung zum Tragen kommen sollte, sowie im südlichen Abschnitt der Donau, in dem durch Beseitigung der Kriegsschäden zugleich die Hochwassergefahr gemindert werden kann. Die Regierungschefs messen einer Förderung der Projekte im Paneuropäischen Verkehrskorridor VII durch die EU Signalwirkung zu.



Dr. Wolfgang
Schüssel

Dr. Viktor
Orbán



Erwin
Teufel

Dr. Edmund
Stoiber

Az Osztrák Köztársaság kancellárja
a Magyar Köztársaság miniszterelnöke
a Baden-Württemberg szövetségi tartomány miniszterelnöke
a Bajor Szabadállam miniszterelnöke

2001. február 22-én Ulmban megtartott csúcstalálkozója alkalmával

Preambulum

1. Tekintettel a politika, a gazdaság, a tudomány, a ifjúság és a kultúra számos területén fennálló szoros együttműködésre, figyelemmel a sokszínű emberi kapcsolatokra, szem előtt tartva a Duna folyamát összekötő közös kulturális örökséget, és az egyesülő Európa azon kihívásai előtt állva, amelyek az Európai Unió állam- és kormányfőinek nizzai csúcstalálkozója során, illetve eredményeképpen körvonalazódtak, az Osztrák Köztársaság, a Magyar Köztársaság, a Baden-Württemberg szövetségi tartomány és a Bajor Szabadállam kormányfői 2001. február 22-én Ulmban egy kisebb Duna-csúcstalálkozón gyűltek össze.

2. A kormányfők ezzel a találkozóval emlékeznek meg az elmúlt évek szoros együttműködéséről, és egyben lehetőséget látnak benne újabb impulzusok kiváltására. Közép-Európa más államait is meghívják, hogy a kapcsolatok továbbfejlesztésében részt vegyenek.

I. Európa-politika

3. A kormányfők elkötelezik magukat szövetségi tartományaik és államaik jövőbeni szorosabb politikai együttműködése mellett. Magyarország, valamint Közép- és Kelet-Európa más reformállamainak az Európai Unióhoz történő csatlakozása, szerintük, több mint kölcsönös érdekekből fakadó politikai és gazdasági szükségszerűség: egy nagy közös európai rendről van szó, amelyben a közös értékek érvényre jutnak, és amely az európai gondolatot szolgálja egy gyorsan változó világban.

4. A kormányfők üdvözik a nizzai Európai Tanács következtetéseit az Európai Unió bővítése menetrendjének konkretizálása vonatkozásában. Az intézményi reformról szóló kormányközi konferencia eredményei, az Európai Tanács által Helsinkiben meghatározott célnak megfelelően, lehetővé teszik 2002 végétől a megfelelően felkészült új tagállamok csatlakozását. A kormányfők elismerik azokat a jelentős erőfeszítéseket, amelyeket a magyar állam és társadalom egy évtizeden keresztül az Európai Unióhoz való csatlakozás előkészítése érdekében a politika, gazdaság és közigazgatás terén megtett. A Magyar Köztársaság kormánya megerősíti azon célkitűzését, hogy az európai uniós tagsághoz a magyar előkészületeket 2002 végéig lezárja. Figyelembe véve Magyarország eddigi előmenetelét a koppenhágai csatlakozási kritériumok megvalósulása terén, a miniszterelnökök megerősítik azon kívánságukat, hogy a magyar nép már a következő európai parlamenti választásokon részt vegyen.

5. A kormányfők szükségesnek tartják a rugalmas és differenciált, az egyes jelöltállamok sajátosságait figyelembe vevő, és mind a csatlakozó államok mind az eddigi tagállamok érdekeit szolgáló, átmeneti

intézkedések meghozatalát, ezáltal meghatározott kérdésekben megkönnyítve a csatlakozást. Ezen intézkedéseknek azonban kivételt kell képezniük és nem kérdőjelezhetik meg a belső piacot.

6. A kormányfők egyetértenek abban, hogy Európa fejlődése a következő években is különös jelentőséggel fog bírni. A nizzai Európai Tanács célkitűzéseinek megfelelően összehívandó új kormányközi konferencia, melynek előkészítése széleskörű nyilvános vitát igényel, folytatni fogja az Unió reformjait, továbbá az európai integráció hosszú távú fejlődését is szolgálni fogja. Ehhez jelentősen hozzájárulhat Magyarország és a többi közép- és kelet-európai állam, amely a nizzai döntés értelmében teljes mértékben bekapcsolódik ebbe a folyamatba.

7. A fentiekkel összefüggésben az alapszerződések egyszerűsítésének – az Alapjogi Charta bevonásával és mindenekelőtt az Európai Unió és a tagállamok közötti feladatmegosztás újragondolásával – egy Európai Alapszerződéshez kell vezetnie. A tervezettek szerinti következő konferencián meg kell vizsgálni, mely feladatokat képes a jelentősen kibővült Unió közösen ellátni. Továbbá meggyőződésük szerint szükségesek működőképes és demokratikus legitimitással bíró szervek és döntéshozatali eljárások az Európai Unió intézményeiben, az Európa előtt álló nagy feladatok közös megoldásának előfeltételei megteremtése érdekében. Emellett az Unión belül támogatni kell a sokféleséget és a versenyt, a szubszidiaritás elvének értelmében.

II. Diák- és ifjúsági csere

8. A kormányfők egyetértenek abban, hogy az európai gondolat fiatalok körében történő népszerűsítése döntő fontosságú előfeltétele a népek és államok békés jövőjének az egyesült Európában. Ennek alapja a kölcsönös megértés, melynek okán a diák- és ifjúsági csere központi jelentőséggel bír.

9. A kormányfők támogatják a diák- és ifjúsági csere Európán belüli intenzitásának növelését, Közép- és Kelet-Európa országainak fokozott bevonásával. Kiemelik az iskolai és közösségi partnerkapcsolatok fontos szerepét, amelyek a tartós cserekapcsolatok stabil alapját képezik. A kormányfők különösen a három- és többoldalú partnerkapcsolatok, továbbá iskolák és ifjúsági szervezetek csereprogramjainak támogatását is javasolják. Üdvözlük, hogy ez az elképzelés az Európai Közösség képzési programjaiban kiemelt hangsúlyt kap.

10. A kormányfők hangsúlyozzák a fiatalok nemzetközi szakmai képzése továbbfejlesztésének fontosságát. A szakmai képzésben résztvevők és oktatóik számára célzott programokkal kell a szakmai gyakorlatok és csereprogramok lehetőségét megkönnyíteni és növelni. Diákcserek terén a hangsúlyt a szakiskolákra kell helyezni.

III. Budapesti német nyelvű egyetem

11. A kormányfők üdvözlük a Magyar Köztársaság által tervezett német nyelvű egyetem alapítását Budapesten és ezzel összefüggésben az olyan vezető elit kinevelésére irányuló célkitűzést, amely elit alkalmas lesz arra, hogy az egyesült Európa formálásában aktívan részt vegyen. Elismerik azokat az

eredményeket, amelyeket a magyar kormány a jogi, intézményi és tartalmi keretfeltételek megteremtése terén ez idáig elért.

12. A cél egy két éves posztgraduális képzést nyújtó német nyelvű elit egyetem létrehozása. Az elképzelések szerint Magyarország, a német nyelvű országok, valamint a közép és kelet-európai országok felsőoktatási intézményeinek legjobb végzettjei folytathatnak itt olyan képzést, amely arra képesíti őket, hogy Közép-Európában vállaljanak vezető pozícióban felelősséget Közép-Európáért. Az egyetemen végzettek a politikában, a közigazgatásban, nemzetközi szervezetekben (például az Európai Unió intézményeiben), a kutatás területén, de akár az Európai Unió vagy a csatlakozó államok nemzetközi vállalataiban helyezkedhetnek el. Ennek érdekében a német nyelvű egyetemnek olyan átfogó és interdiszciplináris szemléletre van szüksége, amely a korszerű oktatási módszerek mellett különös hangsúlyt fektet az általános és kulcskompetenciák fejlesztésére.

13. Az Osztrák Köztársaság, a Bajor Szabadállam és Baden-Württemberg miniszterelnöke készek a Magyarország által alapított német nyelvű egyetem támogatására. A támogatást valamennyi szakirány esetében a vezetőképzéshez való jelentős hozzájárulásnak tekintik. Üdvözlik a Német Szövetségi Köztársaság támogatását, és remélik Svájc külön hozzájárulását az ügyhöz. Támogatják és javasolják, hogy Magyarország további közép- és kelet-európai államokat hívjon meg, hogy ezen intézmény működtetésében idővel támogatásukkal és jövőbeni vezetőikkel részt vegyenek.

14. A kormányfők kinyilvánítják a budapesti német nyelvű egyetem megvalósításában való aktív részvételre irányuló hajlandóságukat. A magyar kormány által megvalósítandó jogi és intézményi keretfeltételek mellett alapvető fontosságú a résztvevő országok, illetve szövetségi tartományok által kidolgozandó koncepció, amely tartalmi és módszertani mondanivalójában más azonos célkitűzésű európai intézményekhez igazodik.

15. A német nyelvű egyetem székhelye Budapest, és a „Közalapítvány a Budapesti Német Nyelvű Egyetemért” tartja fenn. A résztvevő országok, illetve szövetségi tartományok közös óhaja, hogy az intézmény – annak fontosságára tekintettel – egyetemi rangot kapjon. Ennek elérése érdekében a kormányfők a következő lépéseket tartják fontosnak: A magyar kormány megfelelő intézkedéseket hoz a szükséges jogi szabályozás megteremtése érdekében. Ezen kívül rendelkezésre bocsátja az induló vagyont, és biztosítja az egyetem megfelelő kezdő költségvetését. Továbbá a magyar kormány gondoskodik az egyetem méltó elhelyezéséről. Valamennyi résztvevő ország, illetve szövetségi tartomány megvizsgálja, hogy milyen feltételek mellett ismerhetők el a német nyelvű egyetemen szerzett diplomák.

IV. Közlekedési kérdések

16. A kormányfők kiemelik a jól kiépített közlekedési infrastruktúra fontosságát a gazdaság fejlődése előfeltételeként és az Európa országai további összefonódásának alapjaként. Ebből a szempontból valamennyi közlekedési mód jelentőséggel bír, habár a vasúti közlekedés és a hajózás ökológiai előnyei és az áruszállítás terén betöltött kiemelt szerepe miatt megkülönböztetett figyelmet élvez. Kiemelkedő jelentőséget tulajdonítanak a transzeurópai közlekedési hálózatok kiépítésének, amelyek valamennyi közlekedési módot integrálnak, figyelembe véve azok mindenkori előnyeit. Az Európai Unió a fentiek fontosságát a transzeurópai hálózatok támogatásával hangsúlyozta.

17. A közlekedés szempontjából a kormányfők mindenképp a Párizs, Straßburg, Karlsruhe, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München, Salzburg, Bécs és Budapest nemzetközi nagysebességű vasútvonalat tekintik az európai vasúti hálózat központi elemének. A kormányfők támogatják ezen – országaikat összekötő – európai nyugat-keleti fő vasútvonal pályaszakaszainak még ebben az évtizedben történő mielőbbi kiépítését.

18. A német nagysebességű vasúthálózatnak a francia hálózattal való összekötése mellett a Stuttgart, Ulm, Augsburg, München pályaszakaszok gyors megépítése, illetve fejlesztése a Stuttgart 21 és Neu-Ulm 21 projektekkel együtt az ún. „Magistrale for Europe” projekt központi szakaszát jelenti. A kormányfők üdvözlik a Baden-Württemberg szövetségi tartomány, a Bajor Szabadállam és a német szövetségi kormány közötti megállapodást, amely lehetővé tette, hogy a szövetségi tartományok által nyújtott előfinanszírozással az építkezés 2004. évben megkezdődjön.

19. A pálya Münchentől Mühldorf, Freilassing érintésével egészen Salzburgig történő továbbvezetése rendkívüli sürgősséggel bír. Az osztrák vasúti hálózat vonatkozásában a „dunai tengely” kiépítése, azaz a Salzburg, Attnang-Puchheim, St. Pölten és Bécs pályaszakaszok kiépítése, prioritást élvez, annak érdekében, hogy az európai nyugat-kelet irányú fő vasútvonal Hegyeshalmon keresztül Budapestig továbbvezethető és befejezhető legyen. A kormányfők az Európai Unióhoz fordulnak, hogy az a keleti bővítés következtetéseit a transzeurópai hálózatok Közép- és Kelet-Európában történő kiépítésének támogatásával is vonja le, továbbá hogy támogassa a magyarországi vasútvonal-hálózat fejlesztését.

20. A kormányfők kiemelik a Duna, mint európai hajózási útvonal, különösen a Rajnával a Rajna-Majna-Duna csatornán keresztüli összeköttetése révén meglévő jelentőségét, tekintve, hogy az ökonómiailag ésszerűen hasznosítható vízi utak egyúttal a leginkább környezetbarát áruszállítási útvonalat is jelentik. A kormányfők támogatják a vízi út környezetkímélő kiépítését annak érdekében, hogy az az egész évben hajózható legyen. A szűkületek eltávolításával a 3 500 km hosszú, Északi-tengertől a Fekete-tengerig tartó Rajna-Majna-Duna vízi út vonzóbbá teszi Európán belül a hajózást. Ez különösen a Straubing és Vilshofen közötti szakaszra igaz, ahol a folyamatban levő vizsgálatok lezárását követően mind ökológiailag, mind gazdaságilag legelőnyösebb kivitelezési módot kell megvalósítani, valamint a Duna déli szakaszánál, ahol a háborús maradványok eltávolításával egyidejűleg az árvízveszély is csökkenthető. A kormányfők a VII. páneurópai közlekedési folyosó keretében megvalósuló projektek Európai Unió általi támogatásának jelzésértéket tulajdonítanak.